

PRESSEKONFERENZ
AM 5. AUGUST 2010
EINLEITENDE BEMERKUNGEN

Sehr geehrte Damen und Herren, der Vizepräsident und ich freuen uns sehr, Sie zu unserer Pressekonferenz begrüßen zu dürfen. Wir werden Sie nun über die Ergebnisse der heutigen Sitzung informieren.

Auf der Grundlage seiner regelmäßigen wirtschaftlichen und monetären Analyse hält der EZB-Rat die derzeitigen **Leitzinsen der EZB** für angemessen und hat daher beschlossen, diese unverändert zu belassen. Unter Berücksichtigung aller neuen Informationen, die seit unserer Sitzung vom 8. Juli 2010 verfügbar geworden sind, gehen wir weiterhin davon aus, dass die Preisentwicklung dank des geringen inländischen Preisdrucks über die geldpolitisch relevante mittlere Frist moderat bleibt. Die vorliegenden Wirtschaftsdaten und umfragebasierten Indikatoren deuten auf eine konjunkturelle Belebung im zweiten Quartal dieses Jahres hin, und die verfügbaren Daten für das dritte Vierteljahr sind besser als erwartet. Mit Blick auf die weitere Zukunft und unter Einbeziehung einer Reihe temporärer Faktoren rechnen wir in einem Umfeld, das von Unsicherheit geprägt ist, weiterhin mit einem moderaten und nach wie vor uneinheitlichen Wachstum der Wirtschaft des Euroraums. Unsere monetäre Analyse bestätigt, dass der Inflationsdruck mittelfristig begrenzt bleibt, wie es das schwache Geldmengen- und Kreditwachstum nahelegen. Insgesamt gehen wir davon aus, dass die Preisstabilität auf mittlere Sicht gewährleistet bleibt, wodurch die Kaufkraft der privaten Haushalte im Eurogebiet gestützt wird. Die Inflationserwartungen sind weiterhin fest auf einem Niveau verankert, das mit unserem Ziel im Einklang steht, die Preissteigerung

mittelfristig unter, aber nahe 2 % zu halten. Die feste Verankerung der Inflationserwartungen ist nach wie vor von zentraler Bedeutung.

Die Geldpolitik wird alles unternehmen, was erforderlich ist, um auf mittlere Frist Preisstabilität im Euroraum zu gewährleisten. Dies ist der notwendige und zentrale Beitrag, den die Geldpolitik zur Förderung eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums, zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Finanzstabilität leistet. Alle während der akuten Finanzmarktspannungen ergriffenen Sondermaßnahmen (die sogenannten „erweiterten Maßnahmen zur Unterstützung der Kreditvergabe“ und das Programm für die Wertpapiermärkte) stehen vollständig im Einklang mit unserem Auftrag und sind entsprechend ihrer Ausgestaltung vorübergehender Natur. Wir halten unbeirrt an unserer Verpflichtung zur Gewährleistung von Preisstabilität auf mittlere bis längere Sicht fest. Der geldpolitische Kurs und die Liquiditätsversorgung insgesamt werden gegebenenfalls angepasst. Dementsprechend wird der EZB-Rat auch in nächster Zeit alle Entwicklungen sehr genau verfolgen.

Gestatten Sie mir nun, unsere Einschätzung näher zu erläutern und dabei mit der **wirtschaftlichen Analyse** zu beginnen. Die Wirtschaftsentwicklung im Euro-Währungsgebiet hat sich seit Mitte 2009 ausgeweitet, nachdem zuvor ein drastischer Rückgang verzeichnet worden war. Das reale BIP des Euroraums stieg im ersten Quartal 2010 um 0,2 % gegenüber dem Vorquartal. Die vorliegenden Wirtschaftsdaten und umfragebasierten Indikatoren deuten auf eine konjunkturelle Belebung im zweiten Quartal dieses Jahres hin, und die verfügbaren Daten für das dritte Vierteljahr sind besser als erwartet. Mit Blick auf die weitere Zukunft und unter Berücksichtigung temporärer Effekte rechnet der EZB-Rat weiterhin mit einer moderaten und nach wie vor uneinheitlichen Zunahme des realen BIP im Zeitverlauf und in den einzelnen Volkswirtschaften und Sektoren des Eurogebiets. Das weltweit anhaltende Wachstum und dessen Auswirkungen auf die Nachfrage nach Exporten des Euroraums dürften zusammen mit dem akkommodierenden geldpolitischen Kurs und den zur Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit des Finanzsystems ergriffenen Maßnahmen die Wirtschaft im Eurogebiet weiterhin

stützen. Allerdings dürfte die konjunkturelle Erholung durch den Prozess der Bilanzanpassungen in verschiedenen Sektoren und die Arbeitsmarktaussichten gedämpft werden.

Nach Auffassung des EZB-Rats sind die Risiken für den Wirtschaftsausblick in einem von Unsicherheit geprägten Umfeld weitgehend ausgewogen. Einerseits könnten sich die Weltwirtschaft und der Außenhandel schneller als zurzeit erwartet erholen und somit die Exporte des Euroraums weiter stützen. Andererseits bestehen weiterhin Bedenken bezüglich des Auftretens neuerlicher Spannungen an den Finanzmärkten, erneuter Preissteigerungen bei Öl und sonstigen Rohstoffen, Protektionismusbestrebungen sowie der Möglichkeit einer ungeordneten Korrektur globaler Ungleichgewichte.

Was die Preisentwicklung anbelangt, so stieg die jährliche Teuerungsrate nach dem HVPI im Eurogebiet der Vorausschätzung von Eurostat zufolge von 1,4 % im Juni auf 1,7 % im Juli; aller Wahrscheinlichkeit nach war dies durch aufwärtsgerichtete Basiseffekte bei den Komponenten Energie und Nahrungsmittel bedingt. Es wird erwartet, dass die am HVPI gemessenen jährlichen Preissteigerungsraten in den kommenden Monaten weiterhin eine gewisse Volatilität um das gegenwärtige Niveau herum aufweisen werden. Mit Blick auf die weitere Zukunft sollten die Inflationsraten im Jahr 2011 dank des geringen inländischen Preisdrucks insgesamt moderat bleiben. Die mittel- bis längerfristigen Inflationserwartungen sind nach wie vor fest auf einem Niveau verankert, das mit dem Ziel des EZB-Rats im Einklang steht, die Preissteigerung mittelfristig unter, aber nahe 2 % zu halten.

Die Risiken in Bezug auf die Aussichten für die Preisentwicklung sind weitgehend ausgewogen. Aufwärtsrisiken auf mittlere Sicht bestehen insbesondere im Zusammenhang mit der Entwicklung der Rohstoffpreise. Zudem könnten indirekte Steuern und administrierte Preise aufgrund der in den kommenden Jahren erforderlichen Haushaltskonsolidierung stärker erhöht werden als derzeit angenommen. Zugleich halten sich die Risiken für die Preis- und Kostenentwicklung

im Euroraum in Grenzen. Insgesamt wird der EZB-Rat die künftige Entwicklung aller verfügbaren Preisindikatoren genau beobachten.

Was die **monetäre Analyse** betrifft, so kehrte sich die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 ins Positive und betrug im Juni 2010 0,2 %, nachdem sie im Mai bei -0,1 % gelegen hatte. Die Zwölfmonatsrate der Buchkredite an den privaten Sektor legte erneut geringfügig zu, blieb jedoch mit 0,3 % schwach. Alles in allem stützen diese Daten weiterhin die Einschätzung, dass die Grunddynamik der monetären Expansion moderat und der Inflationsdruck auf mittlere Sicht begrenzt ist. Die kürzerfristige Entwicklung der Geldmenge M3 sowie einiger ihrer Komponenten und Gegenposten ist nach wie vor Schwankungen unterworfen, und diese Volatilität könnte sich durchaus fortsetzen.

Die Zinskonstellation wirkt sich zwar nach wie vor auf die Grunddynamik des Geldmengenwachstums aus, doch ihr zuvor starker Einfluss auf die monetäre Dynamik scheint allmählich abzuklingen. Dies impliziert, dass das tatsächliche M3-Wachstum allmählich weniger stark vom Abwärtsdruck des steilen Verlaufs der Zinsstrukturkurve und der damit verbundenen Umschichtung von Mitteln zugunsten längerfristiger Einlagen und Wertpapiere außerhalb von M3 beeinflusst wird. Gleichzeitig hat sich das jährliche Wachstum von M1 weiter abgeschwächt, wenngleich es im Juni 2010 mit 9,2 % robust blieb. Darin kommen teilweise die etwas höheren Opportunitätskosten der Haltung täglich fälliger Einlagen im Vergleich zur Haltung anderer kurzfristiger Einlagen zum Ausdruck.

Hinter dem weiterhin schwachen Jahreswachstum der Bankkredite an den privaten Sektor verbergen sich nach wie vor gegenläufige Entwicklungen: ein zunehmend positives Wachstum der Kredite an private Haushalte sowie ein stabiles negatives jährliches Wachstum der Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften. Eine verzögerte Reaktion der Kreditvergabe an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften auf die wirtschaftliche Entwicklung ist für einen Konjunkturzyklus nicht ungewöhnlich.

Die bis Juni vorliegenden Daten deuten darauf hin, dass sich die Bilanzsummen der Banken nicht weiter erhöhten, nachdem sie im früheren Jahresverlauf einige Monate lang gestiegen waren. Die Banken stehen weiterhin vor der Herausforderung, die Verfügbarkeit von Krediten für den nichtfinanziellen Sektor auszuweiten, sobald sich die Nachfrage erholt. Um sich dieser Herausforderung zu stellen, sollten sie gegebenenfalls Gewinne einbehalten, zur weiteren Stärkung ihrer Eigenkapitalbasis auf den Markt zurückgreifen oder die staatlichen Hilfsmaßnahmen zur Rekapitalisierung voll ausschöpfen.

In diesem Zusammenhang begrüßen wir den EU-weiten Bankenstresstest, der vom Ausschuss der europäischen Bankenaufsichtsbehörden (Committee of European Banking Supervisors, CEBS) und den nationalen Aufsichtsbehörden in enger Zusammenarbeit mit der EZB vorbereitet und durchgeführt wurde. Dieser Stresstest war umfassend und streng, und die Ergebnisse bestätigen die Widerstandsfähigkeit der Bankensysteme in der EU und im Euro-Währungsgebiet insgesamt gegenüber schwerwiegenden wirtschaftlichen und finanziellen Schocks. Der Stresstest hat auch die Transparenz im Hinblick auf die aktuelle Finanzlage und die Risikopositionen der 91 am Test teilnehmenden Kreditinstitute erheblich verbessert. Damit ist er ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Wiederherstellung des Marktvertrauens.

Wir begrüßen auch die Zusage der nationalen Behörden, den Banken, die nicht über ausreichende Mittel aus dem Privatsektor verfügen, Stützungsfasilitäten bereitzustellen. Gesunde Bilanzen, ein wirksames Risikomanagement und transparente, robuste Geschäftsmodelle sind von entscheidender Bedeutung, wenn es um die Stärkung der Schockresistenz der Banken sowie die Gewährleistung eines adäquaten Zugangs zu Finanzmitteln und somit um die Schaffung der Voraussetzungen für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum, die Schaffung von Arbeitsplätzen und Finanzstabilität geht.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die derzeitigen Leitzinsen der EZB nach wie vor angemessen sind. Unter Berücksichtigung aller neuen Informationen, die seit unserer Sitzung vom 8. Juli 2010 verfügbar geworden sind, gehen wir weiterhin

davon aus, dass die Preisentwicklung dank des geringen inländischen Preisdrucks über die geldpolitisch relevante mittlere Frist moderat bleibt. Die vorliegenden Wirtschaftsdaten und umfragebasierten Indikatoren deuten auf eine konjunkturelle Belebung im zweiten Quartal dieses Jahres hin, und die verfügbaren Daten für das dritte Vierteljahr sind besser als erwartet. Mit Blick auf die weitere Zukunft und unter Einbeziehung einer Reihe temporärer Faktoren rechnen wir in einem Umfeld, das von Unsicherheit geprägt ist, weiterhin mit einem moderaten und nach wie vor uneinheitlichen Wachstum der Wirtschaft des Euroraums. Die **Gegenprüfung** der Ergebnisse unserer wirtschaftlichen Analyse anhand der Ergebnisse der monetären Analyse bestätigt, dass der Inflationsdruck mittelfristig begrenzt bleibt, wie es das schwache Geldmengen- und Kreditwachstum nahelegen. Insgesamt gehen wir davon aus, dass die Preisstabilität auf mittlere Sicht gewährleistet bleibt, wodurch die Kaufkraft der privaten Haushalte im Eurogebiet gestützt wird. Die Inflationserwartungen sind weiterhin fest auf einem Niveau verankert, das mit unserem Ziel im Einklang steht, die Preissteigerung mittelfristig unter, aber nahe 2 % zu halten. Die feste Verankerung der Inflationserwartungen ist nach wie vor von zentraler Bedeutung.

Was die **Finanzpolitik** anbelangt, so kommt es entscheidend darauf an, dass in den Haushaltsplänen für 2011 und darüber hinaus ein klares Bekenntnis zu einer Rückkehr zu soliden öffentlichen Finanzen zum Ausdruck kommt. In Anbetracht der außergewöhnlichen Verschlechterung der Haushaltslage in den vergangenen zwei Jahren ist es dringend erforderlich, glaubwürdige mittelfristige Konsolidierungsstrategien umzusetzen, die darauf abzielen, die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen wiederherzustellen und haushaltspolitischen Spielraum zu schaffen. Die Haushaltsziele der Länder müssen mindestens die Konsolidierungsvorgaben erfüllen, die im Rahmen ihres jeweiligen Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit vorgesehen sind. Ehrgeizigere Ziele, wie sie von einigen Ländern des Euroraums bereits verabschiedet wurden, könnten notwendig werden, soweit die aktuellen Pläne dem vordringlichsten Ziel, den Anstieg der öffentlichen Schuldenquote aufzuhalten und umzukehren, nicht gerecht werden. Darüber hinaus müssen alle Länder glaubwürdige fiskalpolitische

Anpassungsmaßnahmen formulieren, die sich auf die Ausgabenseite konzentrieren, und gleichzeitig bereit sein, in den kommenden Jahren im Bedarfsfall zusätzliche Maßnahmen zu ergreifen.

Um den Prozess der Haushaltskonsolidierung zu unterstützen, ein reibungsloses Funktionieren des Euroraums zu begünstigen und die Aussichten für ein höheres sowie nachhaltiges Wachstum zu stärken, sind weitreichende **Strukturenreformen** unabdingbar. Umfangreiche Reformen sind insbesondere in jenen Ländern erforderlich, die in der Vergangenheit Wettbewerbsverluste hinnehmen mussten oder zurzeit von hohen Haushalts- und Außenhandelsdefiziten betroffen sind. Die Maßnahmen sollten einen Lohnfindungsprozess sicherstellen, der eine flexible Anpassung der Löhne und Gehälter an die Beschäftigungslage und an eine verminderte Wettbewerbsfähigkeit ermöglicht. Reformen zur Stärkung des Produktivitätswachstums würden den Anpassungsprozess dieser Volkswirtschaften weiter unterstützen.

Wir sind nun gerne bereit, Ihre Fragen zu beantworten.

Europäische Zentralbank
Direktion Kommunikation
Abteilung Presse und Information
Kaiserstraße 29, D-60311 Frankfurt am Main
Tel.: +49 (69) 1344-8304 • Fax: +49 (69) 1344-7404
Internet: www.ecb.europa.eu
Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.